Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 46. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 28. Januar 1878.**

Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf die in Nr. 1 des Reichs-Gesetz-Blattes verkündete Kaiserliche Verordnung vom 14. d. M., durch welche der Reichstag berufen ist, am 6. Februar d. Js. in Berlin zusammen zu treten, wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Reichstags, Leipzigerstraße Nr. 4, am 5. Februar in den Stunden von 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 6. Februar, Vormittags von 8 Uhr ab, offen liegen wird.

In diesem Bureau werden auch die Legitimationskarten für die Eröffnungssitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 24. Januar 1878.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: Hofmann.

Deutschland.

0. C. Landtags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Herrenhauses vom 26. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische Friedenthal und mehrere Commissarien.

Die Commission für Eisenbahnangelegenheiten berichtet durch Herrn von Thaden über die Uebersicht über den Fortgang des Baues und über die Ergebnisse des Betriebes der Staatseisenbahnen im Jahres 1876 und beantragt: Das Herrenhaus wolle beschließen: sich durch die von der Staatsregierung gegebene Uebersicht für befriedigt zu erklären.

Das Haus tritt dem Antrage bei.

Dieselbe Commission erstattet durch Herrn Theune einen mündlichen Bericht, betreffend die Uebersicht über den Stand und Fortgang derjenigen Staatseisenbahnbauten in der Zeit vom 1. Januar bis Ende September 1877, für welche besondere Credite bewilligt worden sind. Das Haus erklärt sich auch durch diese Uebersicht für befriedigt. — Freiherr v. Mirbach trat bei dieser Gelegenheit für das reine Staatseisenbahnsystem ein und forderte die Staatsregierung auf, die Specialtarife für gewisse Gegenstände, wie Kohle, Eisen, Nutzholz, Kalk u. s. w., zwar bestehen zu lassen, die Verbandstarife dagegen aufzuheben.

Die Commission für Eisenbahnangelegenheiten beantragt, über die Petition der Deutschen Baugesellschaft in Berlin, wegen Rückgabe der verfallenen Caution von 150,000 Thlrn., zur Tagesordnung überzugehen. Das Haus tritt diesem Antrage bei.

Ohne Debatte erledigt das Haus in einmaliger Schlußberathung den Gesetzentwurf, betreffend Veränderungen der Grenzen der Provinzen Preußen und Pommern, sowie einiger Kreise in den Provinzen Preußen, Pommern und Sachsen.

In Bezug auf die von der Staatsregierung vorgelegte Uebersicht über die Verwaltung der fiscalischen Bergwerke, Hütten und Salinen im Jahre 1876 und in der Etatsperiode vom 1. Januar bis 31. März 1877 beantragt der Berichterstatter Dr. Baumstark zu erklären: daß zwar die Ergebnisse des Bergbau-, Hütten- und Salinenbetriebes in den fünf Vierteljahren vom 1. Januar 1876 bis 31. März 1877 erheblich ungünstiger sind, als in den nächst vorhergegangenen drei Jahren, — daß dies aber in dem, mit den allgemeinhin gedrückten volkswirthschaftlichen Zuständen zusammenhängenden Sinken der Preise der Erzeugnisse seine Ursache hat und seitens der Verwaltung nicht verschuldet ist, diese vielmehr alle Anerkennung verdient, insbesondere auch hinsichtlich der dem Arbeiterstande gewidmeten Fürsorge.

Das Haus tritt dem Antrage ohne Debatte bei.

Es folgt eine Reihe von Petitionen. Ueber die Petitionen des Gemeindekirchenrathes zu Mallnow bezw. Alt-Mahlisch, Libbenichen, Podelzig, Letschin und Seelow, den kur- und neumärkischen Kirchenämterfonds betreffend, berichtet von Knebel-Döberitz und empfiehlt den Antrag der Commission: „Das Herrenhaus wolle beschließen: die vorliegenden sechs Petitionen der königlichen Staatsregierung mit dem Antrage zu überweisen, den Erlaß der im Artitel 2 der Allerhöchsten Verordnung vom 3. September 1877 gedachten anderweiten Bestimmungen möglichst zu beschleunigen."

v. Winterfeld führt aus, daß eine gesetzliche Regelung dieser Frage absolut nothwendig sei und zwar in der Richtung, daß der Kirchenämterfonds aufgelöst werde, um die in den betreffenden Gemeinden herrschende Unruhe zu beseitigen.

Geh. Reg.-Rath Delacroix erklärt, daß eine derartige Vorlage in Vorbereitung sei; es sei aber nicht möglich, dieselbe noch in dieser Session vorzulegen.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

Von mehreren Bewohnern von Olobok, Kotlow, Mogilno und Murzynno sind Petitionen, die Aufhebung der Maigesetze betreffend, eingegangen. Die Der Berichterstatter Weber empfiehlt den Commissionsantrag, über dieselben zur Tagesordnung überzugehen. Unter den Petitionen befindet sich eine aus Sensburg, welche das Haus bittet, dahin wirken zu wollen, daß den Katholiken gestattet werde, sich zu einem Vereine auf Grund des Vereinsgesetzes von 1850 zusammenthun und zu den religiösen Uebungen einen Geistlichen hinzuziehen zu dürfen, ohne daß eine Anstellung erfolgt, die dem Oberpräsidenten angezeigt werden müßte.

v. Kleist-Retzow beantragt, diese Petitionen der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Er würde sich wie ein Priester und Levit vorkommen, der den Verwundeten unverbunden am Wege liegen läßt, wenn er den bedrängten Gemeinden keine Theilnahme widmen wollte. Es seien alle kirchlichen Handlungen suspendirt; die Mitglieder der Kirche halten zum größten Theil treu an derselben fest, bis in die äußersten Extravaganzen; zum Theil aber werden sie der Socialdemokratie in die Arme getrieben. Aehnliche Schäden zeigen sich auch in der evangelischen Kirche. Redner ist erstaunt darüber, daß die Aeußerung v. Meyer's im Abgeordnetenhause so große Verwunderung erregen konnte. Der Staat mußte dem unbiblischen und unheilvollen Unfehlbarkeitsdogma gegenüber an eine Revision seines Verhältnisses zur katholischen Kirche gehen; aber die Maigesetze gehen weit über das Ziel hinaus. Als Mittel zum Frieden schlägt der Redner vor, daß man von einer staatlichen Anerkennung der Geistlichen absehen, rein geistliche Handlungen nicht bestrafen und statt der obligatorischen die facultative Civilehe einführen möge. Die Erkenntnisse des kirchlichen Gerichtshofes möge man der Kirchenbehörde mittheilen, damit sie den betreffenden Geistlichen entferne; thut sie das nicht, so sollte man eine Vermahnung an sie richten, einen appel comme d'abus wie in Frankreich; beharrt sie dann auf ihrer Weigerung, so soll sie nicht abgesetzt, sondern nur erklärt werden, daß sie ihre Befugnisse nicht mehr ausüben dürfe. Redner bittet, die Sensburger Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, denn man könne dem Petitum derselben nachkommen, ohne eine Aenderung der Gesetze erst vorhergehen zu lassen. Ueber die anderen vorliegenden Petitionen bittet er, dem Commissionsantrage gemäß zur Tagesordnung überzugehen.

Graf Brühl freut sich, daß Herr v. Kleist eingeräumt, daß die Maigesetze gegen das katholische Dogma verstoßen. Wenn er aber dessenungeachtet betreffs der Petition wegen Aufhebung der Maigesetze dem Commissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung zugestimmt habe, so finde er dies bei dem specifisch protestantischen Standpunkt des Vorredners erklärlich. Er discutire nicht mehr wegen Aufhebung der Maigesetze; für ihn stehe es apodictisch fest, daß die Aufhebung dieser Gesetze erfolgen werde, möge die Regierung und das Parlament dies wollen oder nicht. Bei dieser Aufhebung handele es sich allerdings nicht um die Beseitigung aller maigesetzlichen Bestimmungen, denn Rom werde in manchen Punkten den Mai-Gesetzen nicht widersprechen, sofern nur der Staat erkläre, daß er nicht berechtigt sei, einzig und allein die Grenzen zwischen kirchlichem und staatlichem Gebiete zu ziehen. Die katholische Kirche sei die einzige Macht, welche der Socialdemokratie erfolgreich entgegentreten könne, und es werde die Zeit kommen, wo der Staat flehend seine Hände nach ihr ausstrecken werde. Schon der vorige König von Würtemberg habe sich sagen lassen müssen, daß der Kapuziner das beste Recept gegen die Socialdemokratie sei. So lange aber die Kirche nicht völlig frei sei, so lange man nicht ihre Waffen gebrauche, werde die Socialdemokratie fort und fort wachsen. Redner empfiehlt Berücksichtigung der Petitionen, hegt aber auch bei Nichtberücksichtigung seines Wunsches die Hoffnung, daß die Kirche aus dem Kampfe glänzender hervorgehen werde, als sie in denselben eingetreten.

Graf Udo zu Stolberg plaidirt für den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, weil die infolge des Culturkampfes eingetretenen Mißstände lediglich auf Rechnung des päpstlichen Widerstandes zu setzen seien. Man führe den Kampf nicht gegen die katholischen Mitbürger, sondern nur gegen die Uebergriffe der römischen Curie, und kein preußischer Cultusminister werde ohne Weiteres in eine Aufhebung der Maigesetze willigen. Auch er habe gleich dem Abg. v. Meyer (Arnswalde) den Culturkampf „satt" und sei für eine partielle Revision der Maigesetze, aber vor Allem müßten die Katholiken ihren principiellen Widerstand gegen das System der Maigesetze aufgeben. Jetzt habe der Staat die Aufgabe, seine gewonnenen Position unverändert zu behaupten.

Regierungs-Commissar, Geh. Rath Lucanus erklärt, daß die Regierung nicht in der Lage sei, in eine Discussion wegen Aufhebung oder einer entsprechenden Modification der Maigesetze einzutreten, so lange der grundsetzliche Widerspruch der Katholiken gegen die Gesetze nicht aufhöre. Die Uebelstände, die sich im Laufe der Zeit herausgestellt hätten und welche die Regierung tief beklage, seien nicht eine Folge der Maigesetze, sondern eine Folge der Nichtbeachtung derselben. Die Regierung wünsche, daß das Haus über alle Petitionen zur Tagesordnung übergehe.

v. Knebel-Döberitz steht vor der Alternative: entweder Auflösung aller kirchlichen Verhältnisse oder eine geringe Abänderung der Maigesetzgebung. Die Erfahrung der letzten Jahre, welche beim Erlaß der Maigesetze noch nicht vorhanden war, dränge zur Entscheidung für die letztere Eventualität. Die Thatsachen der Petitionen können Einem das Herz im Leibe umdrehen. (Heiterkeit.) Er befürwortet den Antrag Kleist.

Graf Krassow constatirt, daß er bei der Berathung der Maigesetze schon deren üble Folgen, die heute eingetreten seien, vorausgesagt habe. Er sieht nicht ein, worin das gewonnene Terrain der Regierung, welches Graf Stolberg behaupten will, besteht. Auch der Reichskanzler habe sich von der Erfolglosigkeit des Culturkampfs überzeugt. Weil diese Gesetzgebung die principiellen Dogmen der katholischen Kirche verletzt, deshalb kann die römische Curie in diesem Kampfe nicht nachgeben. Auch er bitte um Annahme des Antrages Kleist.

v. Senfft-Pilsach verlangt, daß in gerechtem Sinn nach der alten preußischen Ordnung verfahren werde. Mit äußerlicher Gewalt könne man eine geistige Bewegung nicht bekämpfen. Deshalb sei es nicht so schlimm, wenn man einzelne Paragraphen von Ausnahmsgesetzen modificire. In Rücksicht auf die vielen Thränen und Seufzer, welche an den Petitionen kleben, bittet er, dieselben der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Frhr. v. Solemacher-Antweiler bedauert, daß Herr v. Kleist ein Dogma der katholischen Kirche ein unheilvolles und unbiblisches genannt habe. Mit dem Angriff auf ein rite publicirtes Dogma habe er einen Angriff auf die katholische Kirche gemacht.

Graf Brühl bemerkt, daß Graf Stolberg eine starke Unwissenheit in katholischen Dingen bewiesen habe. Wenn der Papst den Befehl geben würde, daß die Katholiken sich den Maigesetzen unterwerfen sollen, so müßten sie allerdings gehorchen, ein solcher Befehl sei aber nicht denkbar. Die Katholiken haben eben so viel Gedanken in Glaubenssachen wie die Protestanten. Durch die Absetzung der Pfarrer und Bischöfe würde die katholische Kirche eben so desorganisirt, wie eine Armee ohne Generale und Obersten.

Nach einigen Bemerkungen des Referenten zu Gunsten des Commissionsantrages geht das Haus unter Ablehnung des Kleist'schen Antrages über sämmtliche Petitionen zur Tagesordnung über.

In Bezug auf die Petition des Predigers Kegel in Baden, betreffend die Rücksichtnahme Seitens der Truppen-Commandeure auf die bestehenden königlichen Verordnungen über die Sonntagsheiligung, beantragt die Commission durch ihren Berichterstatter v. Jerin: Das Herrenhaus wolle beschließen: in Erwägung: daß durch den in der Beschwerde angegebenen Specialfall ein allgemeines Bedürfniß nicht nachgewiesen ist, um dafür bei der königlichen Staatsregierung einzutreten, damit Seitens der Truppen eine genauere Befolgung der königlichen Verordnungen über die Sonntagsheiligung stattfinden möge, über die Petition des Predigers Kegel in Baden zur Tagesordnung überzugehen. (Im Manöver hat nämlich ein Rittmeister gerade zur Zeit als der Gottesdienst begann, zum Appell blasen lassen; seine Beschwerde beim Kriegsministerium resp. beim General-Commando war ohne Erfolg.)

v. Kleist-Retzow beantragt dagegen die Petition der Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu überweisen, mit dem Ersuchen, für die Wahrung der Sonntagsruhe in allen Zweigen des königlichen Dienstes in Civil und Militär entsprechende Rücksicht zu tragen.

Der Antragsteller führt aus, daß der Sonntag und die Ehe zwei gleich allgemeine Institutionen seien, deren Nichtbeachtung dem Volke keinen Segen bringe. Es errege viel Aufsehen, daß die Staatsministerialsitzungen fast regelmäßig am Sonntag stattfänden, daß Schauturnen am Sonntag vorgenommen würden; an dem Ausstellungsgebäude auf der Museumsinsel sei Sonntags gebaut worden. Wenn man die Kirche in dieser Weise als deterioris conditionis betrachte, so werde man auch bald dahin kommen, das Herrenhaus, die Aristokratie, das Militair u. s. w. als deterioris conditionis zu betrachten; deshalb empfehle sich eine kühle Tagesordnung nicht.

Graf von Schulenburg-Beetzendorf hält es für unpreußisch, daß man in Folge der Petition etwa dem betreffenden Rittmeister, der durch sein Appellabhalten die Sonntagsruhe gestört habe, einen Verweis ertheile. Die Sonntagsstörung ließe sich in einem Manöver kaum vermeiden, denn für ein kleines Dorf ist eine Einquartierung von 100 Mann an sich schon eine Störung. Die Regierung möge ihr Augenmerk auf die Sonntagsentheiligung durch die Sonntagsjägerei, das Offenhalten der Verkaufsläden u. s. w. richten. Der Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienst müßte auf das geringste Maß beschränkt werden.

Graf Zieten (Schwerin) bemerkt, daß man immer so viel über Sonntagsheiligung spreche, aber selbst dieselbe nicht befolge, daran liege der Fehler, deshalb habe man noch nichts erreicht.

v. Goßler bestreitet, daß bei den Civilbehörden häufig Sonntagsentheiligungen vorkämen; wenn man einmal die Vergnügungen, z. B. den Tanz ausschließen wolle, dann sollte man auch einmal an die Rennvereine denken.

v. Simpson-Georgenburg will darüber, daß am Sonntage Staatsministerial-Sitzungen stattfänden, nicht ohne Weiteres den Stab brechen; es handle sich da um eine Pflicht der Minister, und es sei nur anzuerkennen, daß sie ihre Pflicht auch da in den Vordergrund treten lassen, wo sie Ruhe in Anspruch nehmen könnten; ebenso gehe es anderen Staatsbeamten. Der Antrag Kleist empfehle sich deshalb nicht zur Annahme, weil er zu weitgehend sei.

v. Krassow hält den Gegenstand für wichtig genug, daß das Herrenhaus einen besonderen Antrag deswegen annähme: er verweist auf die Verhältnisse in England, wo man den Eisenbahndienst auf das Aeußerste beschränkt, während man in Preußen Sonntags noch Extrazüge einlege.

Das Haus geht über die Petition zur Tagesordnung über.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (Gesetz betreffend die Sitze der Landes- und Oberlandesgerichte.

Berlin, 26. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den praktischen Arzt rc., Sanitätsrath Dr. med. Carl Gottlieb Schneider zu Magdeburg zum Medicinalrath und Mitglied des Medicinal-Collegiums der Provinz Sachsen ernannt.

Dem bisherigen belgischen Consul in Algier, Herrn Gustav Max, ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als königlich belgischer Consul in Köln ertheilt worden.

Der Gerichts-Assessor Dr. jur. v. Metzen in Colmar ist zum Friedensrichter in Lützelstein ernannt worden. — Der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. med. Mulert in Stolp ist zum Kreis-Physikus des Kreises Stolp ernannt worden. Dem ordentlichen Lehrer Peter Wedekind an der höheren Bürgerschule zu Hechingen ist das Prädicat „Oberlehrer" beigelegt worden. — Der Amtsrichter Wagner in Nienburg ist zum Ober-Gerichts-Assessor bei dem Ober-Gericht in Hildesheim ernannt. Der Ober-Amtsrichter v. Hagen in Ilfeld, der Ober-Amtsrichter Dr. Hoyer in Hannover, der Staatsanwalt Seyffarth in Cottbus, der Advocat und Notar Fischer in Neustadt a. R. und der Notar, Justizrath Landwehr in Köln sind gestorben.

Berlin, 26. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute Ihren General-Adjutanten, Prinzen Hohenlohe, nahmen im Beisein des Commandanten, General-Lieutenants von Neumann, militärische Meldungen entgegen und hörten die Vorträge des Chefs des Militär- und des Civilcabinets, General-Adjutanten von Albedyll und Wirklichen Geheimen Raths von Wilmowski.

[Beide Kaiserliche Majestäten] erschienen gestern auf dem Opernhaus-Balle.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittag den Oberst von Branchitsch, Commandeur des Westpreußischen Ulanen-Regiments Nr. 1, und demnächst den General-Arzt des IX. Armee-Corps, Dr. Cammerer.

Abends wohnten die Höchsten Herrschaften mit Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Charlotte dem Ball im Openhause bei. (R.-A.)

= **Berlin**, 27. Jan. [Die Stellvertretungsvorlage im Bundesrathe. — Zustimmungsrecht des Bundesrathes bei Verlängerung von Vorlagen. — Uebersicht der particularstaatlichen Stempelsteuern. — Nachträgliches zur Denkschrift über die Gotthardbahn. — Das Gerichtssitz-Gesetz im Herrenhause und das Schicksal der Landtags-Session.] In Bundesrathskreisen wird die jüngste Vorlage, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, sehr lebhaft besprochen. Die Vorlage ist den Ausschüssen für Justizwesen und für die Verfassung überwiesen und es wird angenommen, daß zur Berathung derselben die stimmführenden Minister der Bundesstaaten hierher kommen werden. In parlamentarischen Kreisen macht sich die Ansicht geltend, daß der Entwurf eine Verfassungsänderung erheische, und daß die Erledigung dieser Vorfrage zu mannigfachen Weiterungen führen möchte. — Bekanntlich ist der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Italien auf Antrag der Königl. italienischen Regierung bis zum ersten April dieses Jahres verlängert worden. Bei der Mittheilung wünschenswerth gezeigt: wie sich das Zustimmungsrecht des Bundesraths dieser Thatsache im Bundesrathe hat sich bei Regelung der Frage als zum Abschluß von Verträgen über die Verlängerung derselben verhalte. Eine Prüfung bezw. Berichterstattung darüber ist dem Ausschuß für die Verfassung zugewiesen worden. — Nach einer Resolution des Reichstags war der Reichskanzler um Vorlegung einer statistischen Uebersicht über die in den Einzelstaaten erhobenen Stempelsteuern ersucht worden. Es waren darauf die nöthigen Anträge an die Bundesregierungen gerichtet und die Uebersichten der erhobenen Stempelsteuern eingesandt worden. Diese letzteren sind indessen als der Resolution entsprechend insofern nicht erachtet worden, als sie sich nur auf Beurkundung von Rechtsgeschäften beziehen, andere Gegenstände aber unberücksichtigt lassen. Eine Vervollständigung der Uebersichten, zu denen die Einzelstaaten aufzufordern wären, ist daher in Aussicht genommen. — In Bezug auf die dem Bundesrathe vorgelegte Denkschrift über die Gotthardbahn ist nachzutragen, daß die stattgehabten Erwägungen zu dem Resultat geführt haben, daß die deutscherseits für das Unternehmen bereits gebrachten finanziellen Opfer dafür sprachen, das Unternehmen nicht aufzugeben, sondern dasselbe auf veränderter Grundlage weiter zu führen. Es haben die Bahnlinien Luzern-Immensee und Zug-Arth für Deutschland ihre wesentliche Bedeutung verloren, dagegen bleibt die Herstellung der Hauptbahn Immensee-Brunnen-Flüelen-Göschenen-Airolo-Biasco-Bellinzona-Pino, welche Italien bis zu einem Punkte seines Bahnnetzes fortzuführen vertragsmäßig verpflichtet ist, von unverminderter Bedeutung für die weitere Entwickelung unseres Verkehrs mit Italien. Auch in so fern soll eine Einschränkung des früheren Bauprogramms eintreten, als die Bahnstrecken, welche man nach dem Vertrage von 1869 zweispurig herstellen wollte, ohne Verkürzung des Betriebes vorläufig in eingeleisiger Anlage ausführen will. Hierdurch würde der Mehrbedarf über das seither vorgesehene Baucapital von 187 Millionen Franken auf den Betrag von 40 Millionen Franken vermindert werden können. — Der Ausgang der Berathung des Herrenhauses über das Gesetz betreffend die Errichtung der Landgerichte und Oberlandesgerichte, welche morgen beginnt, wird über das Schicksal der Landtagssession entscheiden. Es liegen dem Herrenhause eine Reihe von Verbesserungsanträgen vor, welche, abgesehen von den Beschlüssen über die Landgerichte zu Berlin und Brieg, die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses gegenüber jenen der Commission wieder herstellen. Werden diese Anträge angenommen — und es heißt, die Regierung werde dies befürworten — so würde das Abgeordnetenhaus in der Lage sein, diesen Beschlüssen noch im Laufe dieser Woche beizutreten, und damit wenigstens das eine Justiz-Gesetz endgiltig festgestellt werden können. Der schriftliche Bericht des Abg. Löwenstein über das Organisationsgesetz kommt morgen im Abgeordnetenhause zur Vertheilung und soll, event. unter Zuhilfenahme von Abendsitzungen am Donnerstag und Freitag zum Abschluß gebracht werden. Gelingt dies, so würde das Abgeordnetenhaus in den ersten Tagen des Februar vertagt und nach Beschlußfassung des Herrenhauses über das Organisationsgesetz für einige wenige Sitzungen wieder berufen werden, um das letztere endgiltig festzustellen. Damit würde dann eine Nachsession völlig überflüssig werden.

Berlin, 26. Jan. [Die Stellvertretung des Reichskanzlers.] Die „Nat.-Ztg," ist in der Lage, den Entwurf eines Gesetzes mitzutheilen, betreffend die Stellvertretung des Rechskanzlers. Der Gesetzentwurf, welchen der Reichskanzler gestern dem Bundesrath hat zugehen lassen, lautet in seinem einzigen Paragraph:

> Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen, verordnen im Namen des Deutschen Reiches und nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages:
>
> Die durch die Verfassung und Gesetze des Reiches dem Reichskanzler übertragene Leitung in der Verwaltung, Beaufsichtigung und Bearbeitung von Reichsangelegenheiten, so wie die zur Giltigkeit der Anordnungen und Verfügungen des Kaisers nothwendigen Gegenzeichnung des Reichskanzlers können durch Stellvertreter wahrgenommen werden, welche der Kaiser auf Antrag des Reichskanzlers für Fälle der Behinderung desselben aus anderen Mitgliedern des Bundesrathes allgemein oder für einzelne Amtszweige ernennt.

Motive: Die Verfassung des Deutschen Reiches erfordert im Art. 17

zur Giltigkeit der im Namen des Reiches zu erlassenden Anordnungen und Verfügungen des Kaisers die Gegenzeichnung des Reichskanzlers und überträgt dem letzteren dabei die Verantwortlichkeit für dieselben. Verfassungsmäßig ist hierdurch dem Reichskanzler die Stellung als des einzigen Kaiser und Reich verantwortlichen Reichs-Ministers und damit die verantwortliche Leitung aller Reichsangelegenheiten, welche in der Regierungs-Gewalt des Kaisers liegen, zugewiesen. In Ausführung dieses, der Verfassung zu Grunde liegenden staatsrechtlichen Princips sind durch die einzelnen Reichsgesetze die Angelegenheiten der bezeichneten Art, gleichviel welchem Geschäftskreise der verschiedenen obersten Reichsämter sie angehören, an die Person des Reichskanzlers geknüpft. Und ebenmäßig haben die Gesetze, Verordnungen und Erlasse, durch welche die Errichtung oder Abgrenzung der obersten Reichsämter erfolgt ist, die letzteren der Leitung des Reichskanzlers unter Verantwortlichkeit desselben unterstellt. (Folgt die Aufzählung der kaiserlichen Erlasse über die höchste Marinebehörde, das Reichs-Eisenbahnamt und die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens.) Eine Aufzählung dieser an die persönliche Leitung des Reichskanzlers geknüpften Obliegenheiten in der Verwaltung, Beaufsichtigung und Bearbeitung von Reichsangelegenheiten wird es nicht bedürfen; kaum ein umfassendes Reichsgesetz ermangelt der Aufstellung solcher Obliegenheiten. Der Kreis derselben ist mit der Entwickelung des Reichs von Jahr zu Jahr größer geworden und wird mit der fortschreitenden Stärkung des Reiches auch in Zukunft immer mehr an Ausdehnung gewinnen. Damit tritt an die Gesetzgebung die Nothwendigkeit heran, Fürsorge dafür zu treffen, daß in Fällen einer persönlichen Behinderung des Reichskanzlers an der Wahrnehmung seines Amtes die ihm übertragene Leitung der Reichsgeschäfte ohne Störung im geregelten Gang erhalten bleibe. Die Zulässigkeit einer Vertretung des Reichskanzlers ist bezüglich der Gegenzeichnung Allerhöchster Anordnungen und Verfügungen in der Verfassungs-Urkunde nicht ausdrücklich ausgesprochen. — Wenn nun auch eine früher nicht bestrittene Praxis eine Anzahl von Fällen aufweist, in welchen Allerhöchste Anordnungen und Verfügungen durch andere Reichsbeamte in Vertretung des Reichskanzlers contrasignirt worden und in dieser Gestalt in die amtliche Verkündigung übergegangen sind, so ist doch bei Gelegenheit des dem Reichskanzler im vorigen Jahre Allerhöchst bewilligten Urlaubs im Reichstage die Zulässigkeit einer solchen Vertretung angezweifelt worden. — Auch betreffs der dem Reichskanzler zustehenden obersten Leitung und Aufsicht, welche aus der ihm übertragenen Gegenzeichnung rechtlich selbst aber nicht überall mit der Vornahme einer Gegenzeichnung zusammenfällt, könnte der Zweifel erhoben werden, ob das bestehende Recht die Uebertragung derselben auf Stellvertreter des Reichskanzlers allgemein zuläßt. In ausdrücklicher Anordnung gestattet das Bankgesetz vom 14. März 1875, daß die Leitung der Reichsbank, in „Behinderungsfällen des Reichskanzlers durch einen vom Kaiser hierfür ernannten Stellvertreter wahrgenommen werde." Sonst fehlt es an gesetzlichen Bestimmungen, so daß jene einzelne Anordnung sowohl als Ausnahme, wie als Anerkennung des allgemeinen Rechts angerufen werden könnte. — Da die Gewalt der Thatsachen aber auf die Nothwendigkeit hinweist, gesetzlich die unbestrittene und auf Grund der Verfassung nicht bestreitbare Möglichkeit einer vollen Stellvertretung des Reichskanzlers zu bieten, so wird die Gesetzgebung dieser Aufgabe sich nicht länger entziehen dürfen. Der vorgelegte Gesetzentwurf schließt sich in seinen Bestimmungen an den erwähnten, für einen sehr wichtigen Zweig der Leitung des Reichskanzlers gegebenen Vorgang der Reichsgesetzgebung, an den § 26 des Bankgesetzes an, und es ist somit nur ein organisches Fortschreiten auf dem schon betretenen Wege, wenn der Entwurf die Zulässigkeit einer Vertretung des Reichskanzlers für Fälle der Behinderung desselben, in jedem einzelnen Amtszweige, sowie in der Gesammtheit der Obliegenheiten des Kanzleramts gesetzlich zum Ausdruck bringt. Dabei läßt der Entwurf die dem Reichskanzler durch Art. 15 der Verfassung ertheilte Befugniß: sich im Vorsitz des Bundesrathes und in der Leitung der Geschäfte durch jedes andere Mitglied vermöge schriftlicher Substitution vertreten zu lassen, unberührt, bestimmt aber, damit der nothwendige Zusammenhang des Reichskanzlers mit dem Bundesrath auch in jenen Vertretern gewahrt und erkennbar bleibe, daß dieselben nur aus dem Schooße des Bundesraths entnommen werden dürfen. Die Möglichkeit ihrer Bestellung ist für alle Fälle eine Behinderung des Reichskanzlers, also auch ohne daß der Fall einer Beurlaubung eintritt, offen zu halten, und ihre Bestellung wird, der Verfassung entsprechend, durch kaiserliche Ernennung auf Antrag und unter verantwortlicher Gegenzeichnung des Reichskanzlers zu erfolgen haben.

Das nationale Blatt hebt folgende Punkte hervor:

Der Entwurf sieht die Ernennung eines oder einer Mehrheit von Stellvertretern vor, welche unter der Verantwortlichkeit, wie sie der Artikel 17 der Reichsverfassung begründet, für das gesammte Amtsgebiet des Reichskanzlers oder für einzelne abgetrennte Amtszweige zu fungiren hätten.

Der Entwurf sieht eine facultative Maßregel vor, über deren Nothwendigkeit der Kaiser auf Antrag des Reichskanzlers befindet.

Die Ernennung der Stellvertreter ist „für alle Fälle der Behinderung" ins Auge gefaßt, also wie die Motive erläutern, auch ohne den Fall einer Beurlaubung des Reichskanzlers, jedoch stets an den Fall persönlicher Behinderung sich anschließend.

Es ergiebt sich hieraus, daß der Grundcharakter der vorgeschlagenen Maßregel der Form nach ein facultativer und auf einzelne Fälle berechneter ist; daß aber die Maßregel weit genug gegriffen ist, um materiell die Schaffung der Grundlagen für die Ausbildung der Reichsregierung zu gestatten.

Schweiz.

Bern, 21. Jan. [Zur Gotthardbahn.] Der Bundesrath hat beschlossen, der Bundesversammlung den Antrag auf Subvention der Gotthardbahn durch den Bund unter folgenden Bedingungen zu stellen: erstlich daß der von den acht Mill. Nachsubvention, welche auf die Schweiz fallen, den Cantonen und Gesellschaften zugetheilte Antheil durch feste Zusage gesichert ist; zweitens daß die von ihnen früher eingegangenen Beiträge fortbezahlt werden, wofür die Gesellschaften Garantie zu leisten haben; drittens daß die auf Deutschland und Italien fallenden Nachsubventionen von je zehn Mill. ebenfalls fest zugesichert sind; daß viertens die Gotthardbahn-Gesellschaft einen genügenden Finanzausweis leistet; daß endlich fünftens letztere auf die concessionsmäßige höhere interne Taxe gegenüber einer niedrigeren internationalen Transittaxe Verzicht leistet. Dieser Beschluß soll sämmtlichen Betheiligten mit der Aufforderung, dem Bundesrathe von dem getroffenen Entscheide baldigst Mittheilung zu machen, sofort zur Kenntniß gebracht werden. Demnach hat es nicht den Anschein, daß der Bundesrath die Frage der Bundessubvention des Gotthardbahn-Unternehmens schon in der Februar-Session der Bundesversammlung zur Sprache werde bringen können.

[Todtenfeier für Victor Emanuel.] Am 19. Januar Morgens hat auch zu Genf in der Kirche Sacré Coeur eine von dem dortigen italienischen Consulat veranstaltete Todtenfeier zu Ehren Victor Emanuel's stattgefunden. Der Genfer Staatsrath, welcher zur Theilnahme an derselben eingeladen war, hatte dieser Einladung nicht Folge geleistet, „weil in der Kirche Sacré Coeur Geistliche wirken, die von einem Priester abhängig sind, der sich im Aufruhr gegen die Landesgesetze befindet und über den die Bundesbehörde einen Ausweisungsbeschluß verhängt hat. Mit ihrer Gegenwart in dieser Kirche würde die Genfer Regierung sich selbst ein Dementi auferlegen, die Auflehnung dieses Priesters gutheißen und so die Achtung verletzen, die sie der obersten Behörde der schweizerischen Eidgenossenschaft schuldig ist". So heißt es wörtlich in dem Entschuldigungsbriefe des Staatsrathes an den italienischen Consul.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 24. Januar. [Aus dem Senate. — Zur Wahl eines lebenslänglichen Senators. — Constituirung der Budgetcommission des Senats. — Aus der Deputirtenkammer. — Der Amnestieantrag. — Die Wahlprüfungen. — Zur Affaire von Nantes. — Verurtheilung.] Im Senate wird heute die Wahl eines lebenslänglichen Senators erneuert. Seit gestern haben die Constitutionellen und das rechte Centrum große Anstrengungen gemacht, um die intransigenten Royalisten und Bonapartisten für den Duc Decazes zu gewinnen und so demselben die Mehrheit zu sichern; aber bis zum Beginn der zweiten Abstimmung war ihnen keine Zusage gemacht worden, und man glaubte daher in Versailles an die Erfolglosigkeit auch dieser zweiten Abstimmung, da die absolute Mehrheit bei der Wahl eines lebenslänglichen Senators jederzeit erfreulich ist. In den republikanischen Kreisen ist man sehr aufgebracht gegen die Constitutionellen des Senates, die bei jeder Gelegenheit ihre Anhänglichkeit an die Republik und die Verfassung betheuern und dann doch regelmäßig für Feinde der Republik stimmen. Die Linke hatte die Candidatur V. Lefranc's, des Gemäßigtesten unter den Gemäßigten, eigens darum aufgestellt, um den Constitutionellen ein Zugeständniß zu machen; aber keiner derselben hat V. Lefranc seine Stimme gegeben. Vor der heutigen Sitzung constituirte sich die gestern ernannte Budgetcommission des Senats. Obgleich die Linke in derselben über die Mehrheit verfügt, wurde doch Pouyer-Quertier zum Präsidenten gewählt. Die Republikaner selber stimmten für ihn, um ihm ihre Anerkennung dafür zu bezeigen, daß er sich vor dem 14ten December nicht zur Bildung eines Auflösungsministerium herbeilassen wollte. — In der Kammer hat die Debatte über den Amnestieantrag begonnen. Wie angekündigt, verlangte ein Bonapartist, Lenglé, die Ausdehnung der Amnestie auf die Preßvergehen, welche dem 16. Mai vorhergegangen. Nach Beendigung dieser Debatte wird die Kammer die endlosen Wahlprüfungen wieder aufnehmen, aber in nächster Woche soll endlich die Budget-Discussion an die Reihe kommen. Man wird bis dahin mit den Wahlprüfungen allerdings nicht fertig sein. Mehrere Deputirte haben den Vorschlag gemacht, nach dem Beispiele anderer Parlamente in jeder Sitzung zunächst eine gewisse Zeit auf die Mandatsprüfung und den Rest der Sitzung auf die laufenden legislativen Arbeiten zu verwenden, aber dem widersetzt sich der Präsident Grévy. Derselbe will vielmehr gewisse Tage der Woche oder Nachtsitzungen für die Erledigung der Wahlprüfungen bestimmt wissen. Man erwartet mit einiger Ungeduld die Aufschlüsse, welche der Kriegsminister heute oder morgen über den Vorfall von Nantes geben soll, indeß große Bedeutung wird dieser Angelegenheit nicht beigemessen. Die Mehrheit will dem Kriegsminister keine Unannehmlichkeit bereiten, und umgekehrt hat der Kriegsminister wie man weiß, schon seine Absicht ausgesprochen, der Majorität die wünschenswerthe Genugthuung zu geben. Es heißt, daß der Oberst Hubert-Castex, der Verfasser des bekannten Tagesbefehls, zur Disposition gestellt werden soll. — Der Prozeß der Herren de Broglie und de Fourtou gegen die „Petite République", dessen Verhandlung, wie man sich erinnert, vor etwa einem Monat auf Befehl des Justizministeriums sistirt wurde, ist heute doch vor dem Zuchtpolizeigericht verhandelt worden. Der Angeklagte Deroussen, Director der „Petite République" war nicht erschienen. Der Advocat Falateuf vertrat die Ankläger; auf der Bank des Staatsanwalts saß derselbe Thevenin, der vor einem Monat in so wegwerfender Weise den Vertagungsbefehl des Ministeriums dem Gerichtshofe mittheilte. Er beantragte die Verurtheilung der „Petite République" wegen böswilliger Verleumdung und in der That wurde Deroussen zu 1 Monat Gefängniß und 1000 Frcs. Geldbuße verurtheilt.

Spanien.

San Sebastian, 21. Jan. [Zur Hochzeit des Königs. — General von Göben.] Obgleich begreiflicher Weise, schreibt man der „K. Z.", die baskische Bevölkerung den Vorbereitungen zur königlichen Hochzeitsfeier ziemlich gleichgiltig zusieht und man von allen unabhängigen Leuten Spottreden hört, die von einem zweideutigen Achselzucken begleitet sind, war in diesen Tagen das Gedränge auf den Grenzstationen der spanischen Nordbahn doch sehr groß, um die Abgesandten der europäischen Höfe, sowie die Königin Christine und Franz von Assisi durchfahren zu sehen. Die außerordentlichen Botschafter sollten wie spanische Capitanes generales (unseren Feldmarschällen gleich), das heißt mit Ehrenwachen und dem Königsmarsche empfangen werden. Am 18. kam ziemlich unbemerkt der belgische Gesandte durch. Der große Tag aber, an dem nicht weniger als vier verschiedene Vertreter von Kaisern und Königen kommen sollten, war der 19. — Es wurden außer dem hier sehr bekannten General von Göben, der Lord Rosslyn für die Königin von England, der Admiral Fourichon für die französische Republik und der Baron Ackermann für Schweden erwartet. Der Engländer traf in Irun Nachmittags mit einem Expreßzuge, der auch stark vom französischen Publikum benutzt war, ein und zog die Aufmerksamkeit hauptsächlich durch seine Begleitung, etwa zwanzig junge horse-guards-Offiziere, die sich der Expedition freiwillig und auf ihre Kosten angeschlossen hatten, auf sich. Es waren lauter baumlange, hübsche Leute. Eine halbe Stunde später langte auch der andere Zug an. Da in diesem schönen Lande, wo auch noch nach Abschaffung der Fueros viel Freiheit und Gleichheit besteht, das Volk nicht durch hermetisches Absperren der Perrons beleidigt wird, so befand sich nach dem Halten des Zuges unsere Excellenz plötzlich in einen dicken Haufen Sennoritas, „Comisionistas" und Kindermädchen verwickelt, aus dem nur mit Mühe und mit Hilfe unserer das Terrain genau kennenden Consuln von Irun und San Sebastian in das ruhige Hinterzimmer des großen Speisesaals der Station zu einem Imbiß gesteuert werden konnte. General v. Göben war von vier Offizieren, die alle durch ihre stramme Haltung und ihr frisches Aussehen auffielen, und von einem Secretär begleitet. Tausenderlei Erinnerungen aus längst vergangenen Jugendtagen mögen dem einstigen jungen Freiwilligen des ersten Carlistenkrieges durch den Kopf gegangen sein, als er beim Durchfahren der baskischen Berge die eine oder andere Position wiedererkannte. San Sebastian mit seinem alten, das Meer und die Stadt beherrschenden Fort winkte dem heutigen General und kaiserlichen Gesandten einen freundlicheren Gruß zu als vor 40 Jahren dem kriegsgefangenen jungen Manne, dem es für sechs Wochen frei Quartier und Gelegenheit gab, sich von seiner stolzen Höhe in aller Gemüthlichkeit das Land anzusehen. General Quesada, der dem General v. Göben aus dem marokkanischen Feldzug her persönlich bekannt ist, empfing ihn hier und begleitete ihn durch die Provinz bis Zumarraga. — Am Sonntag, 20. d., sind die königlichen Herrschaften durchgereist, ohne jedoch den geringsten Enthusiasmus zu erregen.

Großbritannien.

A. A. C. **London**, 23. Januar. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] interpellirte Mr. Childers den Schatzkanzler, ob, bevor die Regierung im Juli 1877 die Pforte betreffs der möglichen Friedensbedingungen sondirte und versprach, ihre guten Dienste zu gebrauchen, um die günstigsten Bedingungen für die Türken zu erlangen, irgend ein Meinungsaustausch zwischen der Regierung und den neutralen Mächten oder Rußland betreffs der möglichen Friedensbedingungen Rußlands stattgefunden habe, und wenn so, ob die damaligen Ansichten der Pforte und Rußlands dem Parlament mitgetheilt werden könnten.

Der Schatzkanzler erwiderte, daß zwischen der Regierung Ihrer Majestät und anderen Mächten mehrere Communicationen stattfanden, aber ihrer vertraulichen Natur halber könnten dieselben dem Parlament nicht vorgelegt werden. Mr. Childers: „Ist es mir erlaubt zu fragen, ob eine der anderen Mächte Rußland gewesen?" Der Schatzkanzler antwortete bejahend und fügte hinzu: „Eine andere Angelegenheit, auf welche ich die Aufmerksamkeit des Hauses zu lenken wünsche, ist folgende: Gestern richtete das ehrenwerthe Mitglied für Swansea (Dillwyn) eine vorher nicht angemeldete Frage an mich mit Bezug auf die in den Zeitungen erschienene Angabe, daß Ihre Majestät ein Schreiben an den Kaiser von Rußland gerichtet habe. Ich fühlte mich nicht im Stande, diese Frage in dem Augenblick zu beantworten, aber ich kann dem Hause nun genau mittheilen, was stattgefunden hat. Nachdem Ihre Majestät von dem Sultan einen directen persönlichen Appell erhalten, sandte sie auf den Rath ihrer Minister das folgende Telegramm an den Kaiser von Rußland: „Ich habe einen directen Appell von dem Sultan erhalten, den ich nicht unbeantwortet lassen kann. Ihren aufrichtigen Wunsch nach Frieden kennend, zögere ich nicht, Ihnen diese Thatsache mitzutheilen, in der Hoffnung, daß Sie die Unterhandlungen für den Abschluß eines Waffenstillstandes, der zu einem ehrenvollen Frieden führen mag, beschleunigen werden." (Beifall.) Mr. Dillwyn: „Darf ich mir erlauben zu fragen, ob eine Antwort auf dieses Telegramm erfolgt ist?" Der Schatzkanzler: „Die von dem Sultan an Ihre Majestät gerichtete Communication war eine private, persönliche und directe. Dies war auch die Communication an den Kaiser von Rußland, und ich glaube, es würde nicht bequem oder recht sein, daß der ganze Briefwechsel dem Hause vorgelegt werde. Aber da die Communication der Königin an den Kaiser von Rußland auf den Rath der Minister Ihrer Majestät erfolgte und da betreffs deren Charakter Mißverständnisse entstehen können, habe ich die Erlaubniß Ihrer Majestät erhalten, dieselben dem Hause vorzulesen. (Neuer Beifall.)

In Erwiderung einer Anfrage Mr. Hanbury's erklärte der Unterstaatssecretär für auswärtige Angelegenheiten: „Der ehrenwerthe Herr fragt mich, ob eine starke fremde Streitmacht auf Gallipoli vordringt. Wir haben im auswärtigen Amt keine authentische Mittheilung erhalten, daß eine starke russische Streitmacht auf Gallipoli vordringt. Wir haben indeß Berichte empfangen des Inhalts, daß die Russen in der Richtung von Gallipoli vordringen, aber ob diese Berichte begründet sind der nicht, bin ich auf Grund unserer gegenwärtigen Information zu sagen nicht im Stande." (Gelächter.)

Lord G. Hamilton, der Unterstaatssecretär für Indien, theilte auf Befragen von Mr. O'Reilly mit, daß die Zahl der in Quettah stationirten Truppen, einschließlich der Special-Escorte, welche den Commissär zur Regelung der Grenze begleite, dem letzten Ausweise zufolge 1362 Mann betrage. Die Frage, ob Quettah dauernd occupirt werden würde, könne er nicht beantworten.

A. A. C. **London**, 24. Jan. [Zur orientalischen Frage.] Dem „Manchester Guardian" entnehmen wir folgende Mittheilung seines Londoner Correspondenten:

Heute (Dinstag) Abend machte eine Deputation von etwa 40 Parlamentsmitgliedern dem Schatzkanzler als Führer der Regierungspartei im Hause der Gemeinen ihre Aufwartung, um ihm eine Sache von sehr ernster Wichtigkeit in Verbindung mit der Haltung des Ministeriums in der orientalischen Frage vorzutragen. Da Zeitungsreporter nicht zugegen waren, kann ich nur aus zweiter Hand mittheilen, was stattfand. In Wirklichkeit lief es darauf hinaus, daß der Schatzkanzler an die von Mr. Croß in seiner Liste der britischen Interessen am 7. Mai v. J. erwähnten Punkte erinnert und gefragt wurde, ob in Folge des russischen Vordringens in der Richtung von Gallipoli und Konstantinopel eine jener Interessen nicht bereits in Gefahr schwebe. In Erwiderung darauf bemerkte der Schatzkanzler, die Regierung würde die in der Rede des Herrn Croß, sowie in Lord Derby's Depesche, welche die in dieser Rede erwähnten Interessen verkörpere, dargelegte Politik ausführen, ohne ein Jota davon abzuweichen, und er fügte sehr bedeutungsvoll hinzu: Falls die Dinge sich nicht ändern, mag es die Regierung für nothwendig finden, das Haus um Subsidien anzugehen," wie dies in der Botschaft der Königin angedeutet worden. Die tonangebenden Mitglieder der Deputation waren Sir Drummond Wolff, Sir C. Russell, Sir Robert Peel und andere Mitglieder der conservativen Partei. Obwohl nur 40 Deputirte zugegen waren, hatte die Bewegung die schriftliche Billigung von ca. 70 erhalten."

„Morning-Post" und „Daily-Telegraph" bestätigen die obige Mittheilung im Allgemeinen. Ein augenscheinlich inspirirtes Communiqué des erstgenannten Blattes sagt:

„Der Schatzkanzler räumte den Ernst der Situation ein und versicherte der Deputation, daß die Regierung Ihrer Majestät fortfahren werde, an der vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten niedergelegten Politik der bedingten Neutralität festzuhalten."

Amerika.

Newyork. [Der Congreß der socialdemokratischen Arbeiterpartei der nordamerikanischen Union,] der Ende December in Newark bei Newyork abgehalten wurde, nahm folgende Plattform an:

Principienerklärung. 1) Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt nach gleichen Rechten allen Gesellschafts-Mitgliedern. 2) Das gegenwärtige System, unter welchem die menschliche Gesellschaft organisirt ist, ist falsch, weil es einer kleinen Minderheit ermöglicht, Reichthümer aufzuhäufen, um damit die große Masse des Volkes in Noth und Elend zu halten, und da die bestehenden politischen Parteien stets nur im Interesse der wenigen Besitzenden gehandelt haben, um deren ökonomische Privilegien und dadurch diese ungerechten Zustände zu erhalten, so ist es Pflicht der Arbeiterklasse, sich als eine große Arbeiterpartei zu organisiren, um politische Macht im Staate zu erringen und ihre ökonomische Unabhängigkeit zu erwirken. Die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse ist daher der große Endzweck, dem jede politische Bewegung untergeordnet werden muß. 3) Die materielle Lage der arbeitenden Klassen in allen civilisirten Ländern ist identisch und hat demgemäß dieselben Ursachen. Der Kampf für ihre Befreiung ist ein internationaler und muß deshalb derselbe, unabhängig von allen politischen Parteien, ein gegenseitiger und ergänzender sein. Daher ist die Organisation der Gewerk- und Arbeitervereine auf socialistischer Basis eine Nothwendigkeit. 4) Auf diesen Grundlagen fußend, ist die socialistische Arbeiterpartei gegründet worden. 5) Die socialistische Arbeiterpartei fordert deshalb, daß alle Arbeitsmittel (Land, Maschinen, Eisenbahnen, Telegraphen, Canäle 2c.) so schnell als möglich zum Gemeingute des ganzen Volkes werden für den Zweck der Abschaffung des Lohnsystems, um an dessen Stelle das genossenschaftliche Arbeitssystem zu setzen mit einer gerechten Vertheilung des Arbeitsrechtes. Die Partei fordert deshalb die Ausführung der folgenden Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Arbeiter unter dem gegenwärtigen System, um dasselbe schließlich abzuschaffen: a. Einführung eines gesetzlichen Arbeitstages von vorläufig acht Stunden und strenge Bestrafung aller Uebertreter. b. Sanitätliche Beaufsichtigung aller Arbeiterverhältnisse, Wohnungen und Lebensmittel. c. Etablirung von statistischen Arbeitsbureaux in allen Staaten sowie seitens der Nationalregierung. Die Beamten derselben sollen durch das Volk erwählt werden. d. Verbot der Ausnutzung der Gefangenenarbeit durch Privatpersonen. e. Verbot der Arbeit von Kindern vor ihrem 14. Lebensjahre in industriellen Unternehmungen. f. Schulzwangsgesetz bis zum 14. Lebensjahre, freie Lieferung der Unterrichtsmaterialien durch den Staat in den öffentlichen Schulen. g. Strenge Gesetze, welche die Arbeitgeber haftbar machen für alle Unglücksfälle der Arbeiter, die durch die Nachlässigkeit der Arbeitgeber herbeigeführt worden. h. Ein Gesetz, wonach die Arbeiter wöchentlich in gesetzlichem Gelde ausbezahlt werden müssen, und Bestrafung aller Uebertreter. i. Unentgeltliche Rechtspflege. k. Abschaffung der Verschwörungsgesetze, welche gegen das Recht, Strikes und andere zum Striken zu veranlassen, gerichtet sind. l. Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer directen Einkommensteuer. m. Uebernahme und Betrieb aller Banken und Versicherungsgesellschaften durch den Staat. n. Widerrufung aller Gesetze, welche das Wahlrecht der Bürger beschränken. o. Directe Gesetzgebung durch das Volk mit dem Vorschlags- und Verwerfungsrechte bezüglich der Gesetze, sowie das Recht der Minoritätsvertretung. p. Verbot der Frauenarbeit in Beschäftigungen, welche der Gesundheit und Moralität schädlich sind. q. Gleichstellung der Löhne der Frauen mit den Männern für gleiche Arbeitsleistung.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 28. Jan. [Personalien.] Bestätigt die Vocation für den bisherigen Lehrer Klapschke in Rothenburg OL. zum Rector an der evangelischen Stadtschule in Schmiedeberg, für den bisherigen Hilfslehrer Petzold in Rudelstadt zum Lehrer an der evangelischen Schule in Haasel, Kreis Jauer, für den bisherigen Hilfslehrer Nippe in Ober-Baumgarten, Kreis Bolkenhain, zum Lehrer an der evangelischen Schule in Nieder-Gorpe, Kreis Sagan, die Wahl des Kämmerers Klingberg in Neustädtel zum unbesoldeten Beigeordneten und des Arztes R. Witte daselbst zum unbesoldeten Rathmann dieser Stadt, die Wahl des bisherigen Stadtverordneten Härtel in Kupferberg zum unbesoldeten Rathmann genannter Stadt bestätigt. Außerdem ist dem Pastor Hartmann in Ober-Haselbach das Revisorat über die Schulen der Parochie Haselbach übertragen worden.

—ch. **Görlitz**, 25. Januar. [Stadtverordnete. — Theater. — Berlin-Görlitzer Bahn.] Die Stadtverordneten-Versammlung ist durch die heute erfolgte Einführung der statt der Herren Commerzienrath Ephraim, Samel und v. Wolff, welche die Annahme abgelehnt haben, gewählten Herren Fabrikbesitzer Haukohl, Apotheker Grinke und Hauptmann a. D. von Rohrscheidt wieder vollzählig geworden, nachdem sie nahezu 2 Jahre

unvollzählig gewesen war. Der Versammlung, die in früheren Jahrzehnten eine in ihrer großen Mehrheit unveränderte Physiognomie aufwies, ist durch die Wahlen der letzten Jahre eine große Anzahl von neuen Mitgliedern zugeführt und ihre Zusammensetzung dadurch so durchgreifend verändert, daß nur noch etwa 12 von den ältern Mitgliedern vorhanden sind, die zum Theil erst durch die letzten Wahlen wieder der Versammlung zugeführt sind. Eine große Anzahl der jetzt Gewählten ist bisher im öffentlichen Leben nicht hervorgetreten, einige selbst dem Namen nach ihren meisten Mitbürgern unbekannt gewesen. Diese zahlreichen Personalveränderungen machen sich, wie man hört, namentlich in den Commissionsberathungen fühlbar, da geraume Zeit vergehen wird, ehe sich die „neuen Männer" in die complicirte städtische Verwaltung einarbeiten. — In die Commission, welche sich mit der Berathung über den Wohnungsgeldzuschuß für die Lehrer der höheren Unterrichtsanstalten zu beschäftigen hat, sind heute von den Stadtverordneten außer dem Antragsteller Schulze, die Stadtverordneten Apitzsch, Birkner, Dr. Dreyer, Chuchul, Halberstadt, Költz, Lüders, Meilly und Vierling, gewählt. Die Commission soll auch darüber berathen, ob eine der höheren Lehranstalten aufgehoben werden kann und wird in Folge dessen eine schwierige Aufgabe haben. — Die Anwesenheit von E. Renz hat dem hiesigen Stadttheater einen so erheblichen Nachtheil zugefügt, daß es billig erscheint, dem Theaterdirector von Glotz, welcher an der Theatermisère unschuldig ist, die Pacht von 900 Mark zu erlassen, welche der Theaterdirector vertragsmäßig als Entschädigung für die von der Stadt behufs Erweiterung des Zuschauerraums verausgabte Baukosten zu zahlen hat, seitdem die Renovation des Theaters erfolgt ist. Auf Antrag des Magistrats haben denn auch heute die Stadtverordneten den Erlaß der Pacht beschlossen. — Die Berlin-Görlitzer Bahn ist bisher in Zittau frei von Communalabgaben gewesen. Jetzt aber haben die dortigen städtischen Behörden beschlossen, die Bahngesellschaft von ihrem dortigen Grundbesitz zur Communalsteuer heranzuziehen. Die von den Stadtverordneten angeregte Heranziehung zur Steuer vom Gewerbebetriebe ist vom Rath abgelehnt.

---

l. **Schmiedeberg**, 25. Jan. [Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung.] In der heutigen außerordentlichen Stadtverordneten-Sitzung wurde Herr Höhne, der am 29. März c. das hiesige Bürgermeister-Amt seit 24 Jahren mit seltener Pflichttreue verwaltet, und sich daher die Liebe und Achtung der Einwohnerschaft in hohem Maße erworben hat, einstimmig auf Lebenszeit zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt. Hieran schloß sich die Wiederwahl des Kämmerers Schmidt, dessen zweite Amtsperiode den 28. März c. ihre Endschatt erreicht.

△ **Oels**, 25. Jan. [Holteifeier. — Seminarbau.] Oels erfreute sich mancher Beziehung zu dem schlesischen Dichterfürsten. Da eine Schwester desselben hierorts wohnte, hat er unsere Stadt gern und öfter besucht und in seinem „Christian Lammfell" auch derselben gedacht. Kein Wunder, daß auch die Feier des Tages viel Theilnahme fand. Die Philomathie veranstaltete eine öffentliche Feier im Saale des Elysiums, bei welcher Herr Stabsarzt Fischer die Festrede hielt. Hierauf folgte von geschätzten Dilettanten die Aufführung von „Sie schreibt an sich selbst" und „33 Minuten in Grünberg". Der Ertrag derselben fließt der Holteistiftung zu. Bemerkt sei noch, daß von Holtei hierorts durch eine Vorlesung und sonstige Anregung die hiesige, jetzt noch segensreich wirkende Kleinkinder-Bewahranstalt ins Leben gerufen hat. — Der Seminarbau wird dieses Jahr noch ernstlich in Angriff genommen werden. Wie verlautet, soll das Gebäude das Jahr noch unter Dach kommen und im nächsten Jahre der Ausbau vollendet werden. Der von der Commune geschenkte, 2¾ Hectar große Platz befindet sich in der Louisenvorstadt hinter der Dragoner-Kaserne auf dem sogenannten Schäferberge, circa 1100 Schritte vom Ringe entfernt. Da mit der Anstalt auch eine Schule verbunden ist, und die Kinder also beispielsweise im Winter diesen resp. aus den entfernteren Stadttheilen noch weiteren Weg täglich viermal zurücklegen müssen, so bleibt es immerhin zu bedauern, daß kein näher gelegenes Grundstück erworben werden konnte. Durch Tausch und durch ein vielleicht nicht zu erhebliches Opfer Seitens des Staates wäre gewiß in der Gartenstraße ein passenderes Terrain zu gewinnen gewesen.

□ **Löwen**, 26. Jan. [Verschiedenes.] Auch unser Städtchen hatte seine Holteifeier. Donnerstags Abends versammelte sich eine ziemlich zahlreiche Gesellschaft im Gasthof zum gelben Löwen. Herr Dr. B. leitete die Feier durch eine gemüthliche Ansprache ein, worin er die Bedeutung der Feier für unsere Provinz Schlesien auseinandersetzte und hervorhob, daß in großen Städten wie Breslau eine Holteifeier sich von selbst verstehe und sich auch leicht bewerkstelligen lasse, aber daß auch unser kleiner Ort einen solchen Sinn für unseren volksthümlichsten Dichter zeigt, gereicht den Einwohnern zum Ruhm. Hierauf wurden einige im schlesischen Dialekt abgefaßte Gedichte des Gefeierten vorgetragen und riefen die allgemeinste Heiterkeit hervor. Erst nach Mitternacht trennte man sich in fröhlicher Stimmung mit dem Bewußtsein, einen genußreichen Abend verbracht zu haben. — Die frühere Sicherheit um unsere Stadt hat in neuerer Zeit bedenklich abgenommen; so überfielen einen Schäfer aus Kantersdorf bei der sogenannten Schleusse in geringer Entfernung von der Stadt Abends neun Uhr bei vollem Mondschein drei Strolche, warfen ihn nieder, konnten ihm aber, da er sich tüchtig wehrte, weder Geld noch Uhr entreißen, nahmen endlich Reißaus, hatten ihn aber so mißhandelt, daß er heute noch darnieder liegt; ebenso brachen Diebe mitten in der Nacht in ein Kaufmannsgewölbe am Ring ein und stahlen außer Geld noch verschiedene werthvolle Sachen. — Unter unseren Kindern grassirt das Scharlachfieber in bedenklicher Weise und vergeht keine Woche, wo nicht 3 bis 4 Kindesleichen auf unseren Friedhof getragen werden.

⊙ **Beuthen OS.**, 25. Jan. [Zur Tageschronik.] In der am 23. d. stattgefundenen Generalversammlung der freiwilligen städtischen Feuerwehr ist der seit September pr. erledigte Posten eines Branddirectors durch Wahl dem Tapezier Großmann übertragen worden. Nach den abgeänderten Statuten waren außerdem die neuen Wahlen eines Vorsitzenden und zweier Brandmeister vorzunehmen. Ersterem soll die technische Leitung der Vereins-Angelegenheiten, Letzterem die eventuelle Vertretung des Branddirectors obliegen. Gewählt wurden als Vorsitzender Gasanstalts-Inspector Haberkern, zu Brandmeistern Gymnasiallehrer Lodahl und Hotelbesitzer Lomnitz. Die übrigen Vorstandsämter, als Spritzenmeister, Schriftwart und Zeugwart, sind in den Händen der bisherigen Inhaber verblieben resp. erfolgte die Wiederwahl. Da sonach die neue Vorstands-Organisation nunmehr thatsächlich erfüllt ist, steht nur noch die magistratliche Genehmigung aus. — Durch das fahrlässige oder leichtsinnige Umgehen mit einem geladenen Terzerol ist vorgestern in Roßberg ein Dienstmädchen von hier erschossen worden. Das Mädchen hatte die zum Abtragen erhaltene Schußwaffe einem jungen Mann übergeben, worauf sich unmittelbar der Schuß entlud und dem Mädchen die Kugel in die Brust drang, so daß es auf der Stelle verschied. — Die hiesigen Localblätter berichten über eine hier vorgenommene Untersuchung und Confiscation gefälschter Rothweine, von welchen ziemlich bedeutende Quantitäten bei drei Restaurateuren mit Beschlag belegt sind. Nach der chemischen Analyse des Herrn Apotheker Wiesiolek bestand die eine Sorte aus einem Extract von Blaubeeren und Malvenblüthen nebst freier Schwefelsäure und Farbstoff, die anderen Proben enthielten alle möglichen Ingredienzen, nur nicht Stoffe des natürlichen Rothweins. Derartige öftere Recherchen, die sich gelegentlich auch auf andere künstliche Producte erstrecken möchten, sind mindestens erwünscht. — Zur gestrigen Geburtstagsfeier Carl von Holtei's hatte von allen hiesigen Vereinen der israelitische Jungfrauenverein allein einen Festvortrag veranstaltet. Der Vortrag war von Herrn Gymnasialdirector Dr. Wenzel und zwar über das Thema „Goethe und Frau v. Stein" übernommen worden.

—x— **Königshütte**, 24. Jan. [Communales.] Unter den Berathungsgegenständen der letzten Stadtverordneten-Versammlung waren die nachstehend erwähnten die wichtigsten: In Folge einer Mittheilung der Regierung zu Oppeln, die Erhöhung der Servisklasse für Königshütte betreffend, wird der Beschluß gefaßt, den Magistrat zu ersuchen, derselbe möge bei der erwähnten Behörde in der Richtung vorstellig werden, daß für die Stadt Königshütte die zweite Servisklasse in Aussicht genommen werde. — Die Versammlung wird in Kenntniß gesetzt, daß die Regierung auf die an sie gerichtete Bitte, die Stadt Königshütte aus der zweiten in die dritte Gewerbesteuerstufe zu versetzen, abschläglich geantwortet habe. — Der Magistrat theilt mit, daß er nicht in der Lage sei, dem Wunsche der Versammlung gemäß die für Ostern d. J. in Aussicht genommene Errichtung einer neuen Klasse in der Volksschule Nr. 5 auf eine spätere Zeit zu verschieben. — Die Versammlung erhält Kenntniß von einem Schreiben des Herrn Oberpräsidenten von Puttkamer, wonach derselbe die Beschwerde der hiesigen Berginspection über eine Entscheidung der Regierung zu Oppeln wegen Heranziehung zur Communalsteuer für unbegründet erachtet. — Die Stadtväter werden benachrichtigt, daß der Magistrat an das Ministerium eine Petition wegen Beschaffung von Wasser gerichtet habe. Die Bittschrift wird vorgelesen. — Herr Bürgermeister Girndt erstattet Bericht über den Stand der Streit-Angelegenheit zwischen unserer Stadt und der Oberschlesischen Eisenbahn, die Bahnhofstraße betreffend, über deren jämmerlichen Zustand erst neulich wieder Klagen erhoben wurden. — Dem Magistrats-Antrag, von der Errichtung eines städtischen Schlachthauses vorläufig Abstand zu nehmen, wird zugestimmt. — Der abgeänderte Tarif, die Erhebung eines Marktstandgeldes auf den Wochenmärkten betreffend, wird genehmigt. — Die Beschlußfassung, betreffend den Tausch des alten Marktplatzes gegen einen andern von der Verwaltung der Vereinigten Königs- und Laurahütte offerirten Marktplatz, wird auf Antrag des Geheimen Bergrath Meitzen von der Tagesordnung abgesetzt und geht an den Magistrat mit dem Ersuchen zurück, die gemischte Commission nochmals mit Prüfung der Angelegenheit zu betrauen, namentlich auch den Vorschlag des Herrn Meitzen zu berathen, wonach der Hütten-Verwaltung offerirt werden soll, das alte Hüttengasthaus, in welchem jetzt Beamte wohnen, mit dem anliegenden Platze der Stadt gegen den alten Marktplatz abzutreten. Die gemischte Commission wird auf Vorschlag des Herrn Wernicke durch die Herren Ratzek und Wernicke verstärkt. — Die Wahl des Vorstandes hatte das Ergebniß, daß der Bergmeister Lobe zum Vorsitzenden, Dr. Schottländer zu seinem Vertreter, Civil-Ingenieur Schubert zum ersten und Bergfactor Schwarzer zum zweiten Schriftführer gewählt wurden. — In der darauf folgenden geheimen Sitzung wurde der Antrag auf nachträgliche Erhöhung der Jahres-Remuneration einiger städtischer Beamten genehmigt, dagegen der Antrag eines städtischen Beamten auf Gehaltserhöhung und der Antrag eines Stadtverordneten auf Aufhebung des Strafmandats wegen Versäumniß der Sitzung ohne Entschuldigung — abgelehnt.

□ **Gleiwitz**, 26. Jan. [Gewerbeverein. — Statistisches.] In der am 24. d. M. abgehaltenen Sitzung des Gewerbe-Vereins fand statt des sonst üblichen Vortrages, eine entsprechende Feier des 80. Geburtstages Holtei's statt. Der Herr Vorsitzende Gewerbeschuldirector Wernicke gab eine Biographie Holtei's, nach deren Vortrage sich die Anwesenden zum Zeichen der Verehrung für den hochgefeierten schlesischen Dichter von ihren Sitzen erhoben. — Hieran schloß sich ein Vortrag des Herrn Gewerbeschullehrers Cunerth über den Einfluß der Erziehung auf die Entwickelung der Industrie in den vereinigten Staaten Amerika's. — Bei den in hiesiger Stadt fungirenden Schiedsmännern kamen im Geschäftsjahre 1877 313 Sachen zur Verhandlung, davon aus dem Vorjahre als anhängig geblieben 4... Es wurden erledigt durch Vergleich 110, durch Zurücktreten der Partheien 31, und durch Ueberweisung an den Richter 172.

A. **Leobschütz**, 25. Jan. [Stiftungsfest. — Vereinsthätigkeit.] Der „Landwirthschaftliche Verein des Kreises Leobschütz" beging am 19. d. M. sein fünfundzwanzigjähriges Stiftungsfest. Nachmittags fand eine Sitzung statt, in welcher der Vorsitzende des Vereins, Oekonomie-Commissarius Troschke, die Festrede hielt. Nach derselben wurde der Verein durch den früheren Special-Commissarius, jetzigen Regierungsrath Pfahl, den katholischen Pfarrer, Consistorialrath Dreßler, den Beigeordneten Fr. Engel und die Amtsvorsteher Spiller und Schneider ins Leben gerufen. Bei der späteren Entwickelung erwarb sich der im vorigen Jahre verstorbene Landrath des Kreises, Geh. Regierungsrath Waagen, hervorragende Verdienste um den Verein, welchem es gelang, im Jahre 1853 50 Mitglieder letzterem zuzuführen. Gegenwärtig zählt der Verein 150 Mitglieder. In Anerkennung der Verdienste, welche der Vereins-Rendant — Rathsherr Heinrich Beyer — während des Bestehens des Vereins diesem treu und unverdrossen geleistet, wurde demselben in der Sitzung ein in dem lithographischen Institut von Spiegel in Breslau angefertigtes Diplom von dem Vorsitzenden unter einer ehrenden Ansprache überreicht. Abends fand ein Ball und Festessen in dem geschmackvoll decorirten Seitz'schen Gesellschaftssaale statt. — Unser Vereinsleben steht in voller Blüthe. Es vergeht fast keine Woche, wo nicht zwei oder vier Vereinssitzungen abgehalten werden. Anfangs dieser Woche wurden in den Sitzungen der „Philomathie" und des Gewerbe-Vereins Vorträge über Akustik und das Telephon gehalten. In jener hatte der Professor Szenic, in dieser Sitzung der Gymnasiallehrer Heinisch den Vortrag übernommen. Mittwoch versammelten sich die Mitglieder des „Pädagogischen Vereins" im Vereinslocale, in welchem der Hauptlehrer Häger eine von ihm ausgearbeitete Abhandlung über das Züchtigungsrecht der Schule vorlas.

W. **Loslau**, 26. Jan. [Holteifeier.] Der Vorstand des Bürgervereins hatte am 23. d. zu einer Holteifeier eingeladen und waren 42 Mitglieder erschienen. Lehrer Wasner hielt den Festvortrag und zeichnete den Dichter der „Schles. Liedel" in kurzen, kernigen Zügen. Die Versammlung beschloß, dem greisen Dichter per Drath und Reim zu gratuliren und geschah dies am 24. d. Morgens. — Ferner beschloß die Versammlung den Anschluß an den Central-Verein für Volksbildung und hofft, noch in diesem Winter Herrn Berglehrer a. D. Grundmann zu einem Vortrage hier zu sehen. Endlich beschloß der Verein, daß alle 14 Tage oder 3 Wochen Fragen aus dem Gebiete der Communal-Verwaltung zur Discussion gelangen und richtete eine Eingabe an den Magistrat „die hiesige Fortbildungsschule reorganisiren zu wollen."

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 26. Jan. Wie der „Polit. Corresp." aus Athen gemeldet wird, findet daselbst heute eine geheime Sitzung der Kammer zur Beschlußfassung über wichtige Fragen der auswärtigen Politik statt. Trotz der eingegangenen Nachrichten über den bevorstehenden Abschluß der Friedenspräliminarien beabsichtigte die griechische Regierung, wenn die Kammer zustimme, den Aufstand in Thessalien und Creta activ zu unterstützen.

Wien, 26. Januar. Die „Polit. Corresp." enthält aus London Mittheilungen über die Friedenspräliminarien, für deren Vollständigkeit sie jedoch nicht einstehen will. Die Bedingungen wären: Vollständige Autonomie für Bulgarien unter der Souzeränität des Sultans, Abgrenzung Bulgariens nach den Bestimmungen der Konstantinopeler Conferenz, Autonomie Rumäniens und der Herzegowina mit christlichen Gouverneuren, Unabhängigkeit Bosniens, Serbiens und Montenegros mit Grenzberichtigung für alle drei, Abtretung von Batum, Kars und Ardahan mit entsprechenden Territorien, eine Kriegsentschädigung von hundert Millionen türkischer Livres oder ein Aequivalent durch eine weitere Gebietsabtretung in Asien oder eine Cession von Kriegsschiffen. Die Dardanellenfrage solle auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege mit Ausschluß eines Congresses geregelt werden.

Paris, 26. Jan. Der neu ernannte Botschafter in Berlin, Graf St. Vallier, ist heute Abend abgereist, um sich auf seinen Posten zu begeben.

Paris, 27. Jan. Eine Abtheilung des Mittelmeergeschwaders ist heute Morgen von Toulon nach der Levante in See gegangen.

Rom, 27. Jan. Das Unwohlsein des Papstes dauert fort, doch soll sein Zustand nicht Anlaß zu Besorgnissen geben. — Der König Humbert empfing heute den Gesandten des Kaisers Alexander, General Glinka.

Rom, 26. Januar. Das Befinden des Papstes hat sich heute Abend etwas verschlimmert. Der Papst hat heute das Bette gehütet. — Die „Fanfulla" schreibt: Der König Humbert werde in herkömmlicher Weise den Höfen Europas seine Thronbesteigung durch eigenhändige Schreiben anzeigen, die durch außerordentliche Gesandte überreicht werden sollen. General de Sonnaz werde ein solches Handschreiben nebst der Kette des Annunziaten-Ordens dem Könige von Spanien überbringen. General Cialdini solle nach Berlin, General Dellarocca nach Paris und Brüssel, General Oncieux de Labatie nach Kopenhagen und Stockholm, General Pasi nach Petersburg, Prinz Thomas nach Lissabon gehen. Die Gesandten, welche die königlichen Handschreiben in Wien, London und den übrigen Höfen überreichen sollen, seien noch nicht designirt.

London, 26. Jan. Die „Daily News" erachtet es für wahrscheinlich, daß die Regierung ihren Entschluß, einen Extracredit zu fordern, nochmals in Erwägung ziehen und Lord Derby dadurch in den Stand setzen werde, seine Demission zurückzuziehen. — Die „Times" glaubt, daß jede Nothwendigkeit für die Forderung eines Extracredits verschwunden sei und hofft, der Schatzkanzler Northcote werde am nächsten Montag im Parlament eine bezügliche Mittheilung machen. — Der Herzog von Buckingham wird wahrscheinlich an die Stelle Carnarvons treten.

London, 27. Jan. Wie der „Observer" meldet, sei in der Demissionsangelegenheit Lord Derbys bis gestern Abend nichts Bestimmtes bekannt geworden. Für den Fall, daß Lord Derby sich schließlich zurückziehen sollte, glaube man, daß Lord Beaconsfield vorläufig das Ministerium des Auswärtigen übernehmen werde. Lord Sandon soll zum Minister für die Colonien bestimmt sein.

London, 28. Jan. Bei dem Cabinetsrath am Sonntag in der Dowingstreet waren alle Minister anwesend, außer Cairns und Richmond, welche nicht in London sind.

London, 27. Jan. Nach amtlicher Meldung ist die englische Flotte in der Besikabay eingetroffen.

Petersburg, 27. Jan. Die „Agence Russe" bezeichnet die Meldung des „Daily Telegraph" über die angeblichen russischen Bedingungen für die Friedenspräliminarien als ungenau und tendenziös. Ebenso sei auch die Behauptung der „Times", daß in den russischen Bedingungen eine besondere Vereinbarung hinsichtlich des Suez-Canals in Aussicht genommen sei, unrichtig. Die „Agence" hebt demgegenüber hervor, daß kein englisches Interesse durch die Basen für die Friedenspräliminarien berührt würde. Endlich dementirt die „Agence" abermals die Nachricht von dem angeblichen Marsche der Russen auf Gallipoli, welcher in Wiener Zeitungstelegrammen wieder aufgetaucht war.

Konstantinopel, 26. Jan. Seitens der Regierung wurden die russischen Bedingungen für die Friedenspräliminarien dem Parlamente in einer geheimen Sitzung mitgetheilt. — Wie verlautet, sollen die nach Konstantinopel geflüchteten Tscherkessen entwaffnet worden.

Konstantinopel, 26. Jan. Wie hier verlautet, würde der Waffenstillstandsantrag mit Friedenspräliminarien in Adrianopel unterzeichnet werden. — Den Tscherkessen und Baschibozuks ist nunmehr von der hiesigen Polizei das Tragen von Waffen verboten worden.

Konstantinopel, 26. Jan. Von der türkisch-griechischen Grenze wird eine aufständische Bewegung hierher signalisirt. Einige bewaffnete griechische Banden sind auf türkisches Gebiet eingedrungen. Die Pforte beabsichtigt, dem hiesigen griechischen Gesandten deshalb Vorstellungen zu machen.

Konstantinopel, 26. Jan. Die englische Flotte war am Eingang der Dardanellen angelangt, als sie Contreordre erhielt und sofort wieder umkehrte. — Nach hier vorliegenden Nachrichten hat das russische Hauptquartier mit den türkischen Delegirten Kasanlik verlassen und ist weiter vorgegangen.

Athen, 26. Januar. Die Gerüchte von dem bevorstehenden Abschlusse der Friedenspräliminarien veranlaßten hier eine öffentliche Demonstration zu Gunsten des Krieges. Die Demonstrirenden und die Sicherheitswachen geriethen hierbei an einander und wurden mehrere Polizeiagenten durch Steinwürfe verwundet. Die Sitzung der Kammer wurde suspendirt.

Athen, 27. Jan. An der gestrigen Demonstration hatten etwa zehntausend Personen Theilgenommen. Die Demonstranten sammelten sich namentlich vor den Wohnungen von Comunduros, Delivanny, Tricupis und Zaimis und zertrümmerten daselbst die Fenster. Vor dem Hotel des Ministerpräsidenten Comunduros wurde mit Revolvern geschossen, wobei drei Personen verwundet und eine getödtet wurden. Vor dem königlichen Palais riefen die Demonstranten den König heraus. In den Worten, welche dieser an die Menge richtete, bezeichnete er die Lage als schmerzlich für die griechische Nation und hob hervor, daß Niemand das Land mehr liebe als er. Nach weiteren Domonstrationen vor den Hotels der Minister gelang es den Truppen, die Tumultuanten zu zerstreuen. Man befürchtet für heute ähnliche Demonstrationen. Die Truppen sind in den Kasernen consignirt und haben den strengen Befehl erhalten, mit Energie gegen die Ruhestörer einzuschreiten.

Newyork, 27. Jan. Eine aus Havanna hier eingegangene Depesche erwähnt eines Gerüchtes, nach welchem die spanische Regierung demnächst einen Vertrag mit St. Domingo unterzeichnen werde, durch welchen ihr das Protectorat über St. Domingo übertragen wird.

Newyork, 27. Jan. Der bis jetzt auf die 4proc. Obligationen gezeichnete Betrag übersteigt die Summe von 2 Mill. Dollars.

Southampton, 26. Jan. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Nürnberg" ist hier eingetroffen.

Triest, 26. Jan. Der Lloyddampfer „Hungaria" ist heute Morgen 8½ Uhr mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Hamburg, 26. Jan. Die hiesige Firma Chr. Brockmann und Söhne ist in Zahlungsstockung gerathen.

Rom, 26. Jan. Das Befinden des Papstes flößt neuerdings große Besorgniß ein. Die Entkräftung schreitet vor und es ist Appetit- und Schlaflosigkeit eingetreten.

Konstantinopel, 26. Jan. Nächsten Mittwoch beginnen in Deve-Bojun Verhandlungen über die Demarkationslinie in Asien.

[Deutsche Jugend.] Illustrirte Monats-Hefte und Bände für Knaben und Mädchen, herausgegeben von Julius Lohmeyer. Unter künstlerischer Leitung von Oscar Pletsch. Verlag von Alphons Dürr in Leipzig. Das Jannar-Heft (XI. Bd. 4. Heft) veröffentlicht u. A.: Eine heitere, auch pädagogisch sehr werthvolle Erzählung von Wilh. Fischer: Eine Romfahrt, sehr munter illustrirt von Eugen Klimsch. — Die Fortsetzung der sehr interessanten historischen Erzählungen der deutschen Ordensritter in Preußen von Fedor v. Köppen, mit prächtigen, die Zeit lebendig charakterisirenden Original-Zeichnungen des genialen Woldemar Friedrich. — Ein Thüringische Sage, dem Volksmund nacherzählt von dem bekannten Schulrath F. Lauckhardt, illustrirt von C. Offterdinger. — Eine Schilderung des Lebens unserer einzigen heimischen Giftschlange von H. Zeise, illustrirt von R. Kretschmer. — Sinnige Gedichte, Sprüche und Lieder von Emanuel Geibel, Friedr. Güll, Vict. Blüthgen, Joh. Trojan, O. Sutermeister, Georg Lang und J. Lohmeyer, mit Original-Zeichnungen von Fedor Flinzer, Oscar Pletsch u. A. Außerdem Räthsel und Verstandesübungen von W. Fischer und R. Löwicke, und eine Reihe sehr dankbar aufzunehmender, lustiger Vorschläge zum Auslösen der Pfänder bei Spielen von dem letzteren sinnreichen Autor.

Berlin, 26. Jan. Spiritus loco „ohne Faß" 49 Mk. bez., per Januar 48,8 M. bez., per Januar-Februar 48,8 M. bez., per April-Mai 50,5 bis 50,3 M. bez., per Mai-Juni 50,7—50,6 M. bez., per Juni-Juli 51,7—51,6 M. bez., per Juli-August 52,7—52,6 M. bez., per August-September 53,4. Gekündigt 40,000 Liter. Kündigungspreis 48,8 M.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 26., 27.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	— 1°,6	— 3°,3	— 1°,5
Luftdruck bei 0°	328‴,49	330‴,39	331‴,41
Dunstdruck	1‴,54	1‴,40	1‴,55
Dunstsättigung	89 pCt.	95 pCt.	89 pCt.
Wind	N. 2	N. 1.	N. 1.
Wetter	bedeckt.	heiter.	bedeckt.

Jan. 27., 28.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr.
Luftwärme	— 1°,4	— 1°,4	— 1°,3
Luftdruck bei 0°	331‴,66	332‴,23	332‴,40
Dunstdruck	1‴,52	1‴,57	1‴,58
Dunstsättigung	86 pCt.	89 pCt.	89 pCt.
Wind	NW. 2.	N. 1.	NW. 3.
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt.

Breslau, 28. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 36 Cm. U.-P. — M. 84 Cm. Eisstand.

Wien, 26. Januar. [Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn] vom 15. bis zum 21. Januar 1,176,268 Fl., gegen 1,136,498 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Mehreinnahme 39,769 Fl.

Wien, 26. Januar. [Die Einnahme des italienischen Netzes] in der Woche vom 15. bis zum 21. Januar betrug 620,976 Fl., die Mehreinnahme desselben 18,927 Fl., die Gesammtmehreinnahme des italienischen Netzes seit 1. Januar c. 39,624 Fl., die Gesammtmehreinnahme des österreichischen Netzes vom 1. Januar c. 119,269 Fl.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(H. T.-B.) **Paris**, 27. Januar, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Rente 74, 00, Neueste Anleihe de 1872 110, 42½, Türken de 1865 9, 70, neue Egyptier 160, 00, Banqu. ottoman 374, 00, Italiener 74, 20, Chemins égyptiens —, —, Russen de 1877 86 3/16, österr. Goldrente 65⅝, ungarische Goldrente 79⅜, Spanier exter. 12½. Steigend.

Berlin, 27. Jan. [Privatverkehr.] Credit-Actien 399,50—399,00 bis 395,00—396,00—397,00 Franzosen 444,00—442,00—442,50, Lombarden 137,50—137,00, 1860er Loose 108,50, Oesterr. Goldrente 64,25, Silberrente 57,25—57,50, Papierrente 54,90—54,75, Ungar. Goldrente 79,75—79,50, Italiener 74,25—74,40, 5proc. Türken —, 5proc. Russen 84,25—84,00 bis 84,30, 1877er Russen 84,50—84,25—84,60, Rumänier 26,00—25,50, do. 6proc. Rum. Obligationen 72,50, Köln-Mindener Bahn 89,00—90,00, Bergisch-Märkische Bahn 71,50—73,00, Rheinische Bahn 103,75—105,25, Oberschlesische Bahn 119,50, Galizier 105,00, Disconto-Commandit 118,50—117,25—118,50, Darmstädter Bank —, Laurahütte 71,25—71,50 Reichsbank —. Fest, deutsche Bahnen gefragt.

Nachbörse: Recht fest. Creditactien 399,00, Franzosen 445,50, Disconto-Commandit 119,75, Rumänier 25,75, 1873er Russen 84,50, 1877er Russen 85,00, Bergisch-Märkische Bahn 73,50, Rheinische Bahn 105,50, ungarische Goldrente 79,75, Laurahütte 71,75.

Frankfurt a. M., 27. Januar, Nachm. [Effecten-Societät.] Westbahn 151¾, Elisabethbahn 141½, Galizier 210¼, Franzosen 223. Nordwestbahn 95½, Silberrente 57⅞, Papierrente 55⅛, Goldrente 64½, Amerikaner de 85 99⅝, 1860er Loose 108⅛, 1864er Loose —, —, Ungar. Creditactien 197½, Oesterreichische Nationalbank 692, 00, Darmstädter Bank 107⅝, Meininger Bank 71½, Lombarden 68½, Hessische Ludwigsbahn 77, Ungar. Staatslose 153, 00, do. Schatzanw. alte 99⅜, do. do. neue 94⅜, Reichsbank —. Fest.

Ungarische Goldrente 79½, neueste Russen 84⅝, Wiener Wechsel 171, 50. Nach Schluß der Börse: Creditactien 197¼, Franzosen 222¾.

Hamburg, 26. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115¾, Silberrente 57, Goldrente 64, Credit-Actien 197¼, 1860er Loose 107¾ Franzosen 551½, Lombarden 171½, Italien. Rente 73⅝, Vereinsb. 121⅜, Laurahütte 69½, Commerzbank 97, Norddeutsche 135¼, Anglo-deutsche 32, Internat. Bank 73½, Amerikaner de 1885 96¼, Köln-Minden. St.-A. 87¼, Rhein. Eisenb. do. 103, Berg.-Märk. do. 71¼. Neueste Russen 83⅝. Disconto 2⅝ pCt. — Sehr fest.

Die Dividende der Norddeutschen Bank beträgt 8½ pCt.

Hamburg, 26. Jan., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine matt. Roggen loco ruhig, auf Termine matt. Weizen pr. April-Mai 210 Br., 209 Gd., per Mai-Juni per 1000 Kilo 212 Br., 211 Gd. Roggen per April-Mai 149 Br., 148 Gd., per Mai-Juni per 1000 Kilo 150 Br., 149 Gd. Hafer flau. Gerste fest. Rüböl ruhig, loco —, per Mai per 200 Pfd. 73½. Spiritus unverändert, pr. Jan. 39½, per Febr.-März 39¾, pr. April-Mai 40½, pr. Mai-Juni pr. 1000 Liter 100% 40¾. Kaffee fester, geringer Umsatz. — Petroleum matt, Standard white loco 10, 90 Br., 10, 70 Gd., per Januar 10, 60 Gd., pr. August-December 12, 30 Gd. — Wetter: Schön.

Hamburg, 27. Januar, Nachm. [Privatverkehr.] Silberrente 57½, Papierrente 54¾, Goldrente 64½, 1860er Loose 108¼, Creditactien 199, Franzosen 556½, Lombarden 170, Rheinische Bahn 105¼, Bergisch-Märkische Bahn 73, Köln-Mindener Bahn 89, neueste Russen 84⅜. Sehr animirt.

Wien, 27. Januar, 12 Uhr 15 M. [Privatverkehr.] Creditactien 230,25, Franzosen 257,75, Galizier 245,50, Anglo-Austrian 100,50, Lombarden 79,50, Papierrente 64,10, Goldrente 75,25, Marknoten 58,30, Napoleons 9,42½, Ung. Goldrente 92,80, Silber —, —. Schluß sehr lebhaft.

Liverpool, 26. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Fester, auf Zeit steigend. Tagesimport 35,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 26. Jan., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Eher besser. Futures 1/16 theurer. Amerikaner aus irgend einem Hafen März-April-Lieferung 6 5/32—6 3/16 D.

Pest, 26. Jan., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco —, per Frühjahr 10, 70 Gd. Für andere Artikel Preise nominell.

Paris, 26. Jan., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 31, 50, pr. Februar 31, 50, per März-April 31, 50, per März-Juni 31, 50. Mehl weichend, per Januar 69, 50, pr. Februar 68, 25, pr. März-April 67, 75, pr. März-Juni 67, 75. Rüböl ruhig, per Januar 98, 75, per Februar 98, 00, per März-April 97, 50, per Mai-August 95, 75 Spiritus ruhig, per Januar 57, 75, per Mai-August 58, 75. — Wetter: Schön.

Paris, 26. Jan., Nachm. Rohzucker fest, Nr. 10/13 pr. Januar pr. 100 Kilogr. 55, 50, Nr. 5 7/9 pr. Januar per 100 Kilogr. 61, 50. Weißer Zucker steigend, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Januar 64, 50, pr. Februar 64, 50, pr. Mai-August 65, 50.

London, 26. Jan. Havannazucker 22¾.

Antwerpen, 26 Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen ruhig. Hafer stetig. Gerste matt.

Antwerpen, 26. Januar, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 27¾ bez. und Br., per Januar 27¾ bez. u. Br., per Februar 27¾ Br., pr. März 27¾ Br., pr. September 30½ Br. Weichend.

Bremen, 26. Jan., Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 00, pr. Februar 11, 00, per März 11, 10, pr. September 12, 30, pr. August-December —, —.

Hamburg, 26. Januar. (Officieller Bericht.) Spiritus. Januar — Br., — Gld., Januar-Februar 39 Br., 38½ Gld., Februar-März 39 Br., 38¾ Gld., März-April 40 Br., 39½ Gld., April-Mai 40½ Br., 40 Gld., Mai-Juni 40½ Br., 40 Gld.

Breslau, 28. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide matter, bei etwas stärkerem Angebot Preise schwach preishaltend.

Weizen, nur feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer neuer 18,00—19,30—20,80 Mark, gelber neuer 17,10—18,10 bis 19,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur billiger verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 11,90 bis 13,00 bis 13,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 11,30—12,50—13,10 bis 13,70 Mark.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 12,10—13,10—14,00 Mark.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 18,00—19,00 bis 19,50 Mark.

Lupinen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,20—10,20—11,00 Mark, blaue 9,00—10,00—10,40 Mark.

Wicken gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. 10,50—11,50—12,50 Mark.

Oelsaaten in fester Haltung.

Schlaglein schwach preishaltend.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	31	50	30	—	28	—
Winterrübsen	30	25	29	25	27	25
Sommerrübsen	29	75	28	—	26	—
Leindotter	26	—	24	—	22	—

Rapskuchen behauptet, pr. 50 Kilogr. 7—7,40 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen zu hohe Forderungen erschwerten den Umsatz, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 30—40—45—50 Mark, weißer feine Qualitäten preishaltend, pr. 50 Kilogr. 40—50—58—68 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, pr. 50 Kilogr. 17—20—23 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 Mk., Roggen fein 20,25—21,25 Mark, Hausbacken 20,75—21,75 Mark, Roggen-Futtermehl 9,80—10,50 Mark, Weizenkleie 8,50—9,20 Mark.

Heu 2,30—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 26. Januar 1878.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Deutsche Reichs-Anl.	4	94,90 bzG
Consolidirte Anleihe.	4½	104,30 bzG
do. do. 1876.	4	95,40 bz
Staats-Anleihe	4	95,20 G
Staats-Schuldscheine	3½	92,30 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136,10 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,20 bzG
Pommersche	3½	83,00 bzG
do.	4	94,80 bz
do.	4½	101,90 B
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,50 B
Schlesische	3½	85,10 G
Lndschaftl. Central	4	95 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,25 bz
Pommersche	4	95,30 B
Posensche	4	95,30 B
Preussische	4	95,30 B
Westfäl. u. Rhein.	4	97,25 bzB
Sächsische	4	96,00 bz
Schlesische	4	96,00 G
Badische Präm.-Anl.	4	120,00 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	121,20 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	109,70 bzB
Sächs. Rente von 1876	3	72,20 G

Kurh. 40 Thaler-Loose 239,25 bz
Badische 35 Fl.-Loose 137,10 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,80 bzbz
Oldenburger Loose 136,25 bz

Ducaten — —	Dollars 4,185 G
Sover. 20,33 bz	Oest. Bkn. 171,20 bz
Napoleon 16,20 bzB	do. Silbergd. — —
Imperials 16,66 bz	Russ. Bkn. 217,09 bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	
Krupp'sche Partial-Ob.	5	103,25 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	95,75 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	100,50 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	109,10 G
Unkünd. do. (1872)	5	100,75 bzG
do. rückzb. à 110	5	106,00 G
do. do. do.	4½	98 bzG
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,75 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100,25 bz
Hyp.-Anth. Nord-G.C-B	5	96,75 bzG
do. do. Pfandbr.	5	96,75 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97,50 G
do. do. II. Em.	5	93,50 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	108 B
do. do. II. Em.	5	105,90 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	100 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	92,90 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	104,50 bzG
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99,00 G
do. do.	4½	93,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,50 B
do. do. 4½%	4½	97,90 B
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oest. Silber-R. (1./1. 1./7.	4⅕	57,40 bzB
do. 1./4. 1./10.)		57,30 bz
do. Goldrente	4	64,25 bz
do. Papierrente	4⅕	54,60 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	98 bzB
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	108 bzG
do. Credit-Loose	fr.	293 bz
do. 64er Loose	fr.	255,50 etbzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	155 50 bz
do. do. 1866	5	155,25 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	74,50 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	79 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	66,50 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	57,90 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	103,75 G
do. do. 1885	6	98,50 G
do. 5% Anleihe	5	102 bzB
Ital. neue 5% Anleihe	5	73,90 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,50 bz
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	69,10 bzG
Rumänische Anleihe.	8	— —
Türkische Anleihe.	5	9,70 bzG
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	70,60 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 37,70 bzG
Türken-Loose 27,80 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	
Berg.-Märk. Serie II.	4½	100 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,00 G
do. do. VI.	4½	99,70 bzB
do. Hess. Nordbahn.	5	103,20 B
Berlin-Görlitz	5	100,60 bzG
do.	4½	81,50B, C.72G
Breslau-Freib. Lit. DE.	4½	— —
do. Lit. G.	4½	94,50 G
do. do. HJ.	4½	91,10 B
do. do. K.	4½	91,75 bz
do. von 1876	5	100,80 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. .. Lit. B.	4½	100 bzB
do. .... IV.	4	94,20 B
do. .... V.	4	92 B
Halle-Sorau-Guben	4½	101,25 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	— —
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,60 B
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,25 bz
do. do. III. Ser.	4	94,75 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,00 bzB
do. F.	4½	100,70 bz
do. G.	4½	100 B
do. H.	4½	101,20 bz
do. von 1869.	5	103,40 B
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	99,50 B
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,30 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	100,20 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
do. do.	4½	99,10 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,50 G
Chemnitz-Komotau	5	— —
Dux-Bodenbach.	5	55,75 bzG
do. II. Emission	5	45,75 bzG
Prag-Dux.	fr.	19,00 bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	85,50 G
do. do. neue	5	84,30 G
Kaschau-Oderberg	5	62 bzG
Ung. Nordostbahn	5	56 60 etbzG
Ung. Ostbahn.	5	54,50 bz
Lemberg-Czernowitz.	5	65,25 G
do. do. II	5	65,00 bz
do. do. III.	5	60,30 bz
Mährische Grenzbahn.	5	52 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	12,30 bzG
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	64,75 bzB
Oesterr.-Französische	3	329,00 bzG
do. do. II.	3	314,25 bzG
do. südl. Staatsbahn.	3	237,50 bz
do. neue	3	237,50 G
do. Obligationen	5	79,80 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	71,75 bzG
Warschau-Wien II.	5	94,50 G
do. III.	5	— —
do. IV.	5	82,10 bzG
do. V.	5	75 bzB

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,30 bz
do. do.	2 M.	3	167,60 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,285 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	80,95 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	215,25 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	216,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	171,00 bz
do. do.	2 M.	4½	169,90 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	18,25 bz
Berg.-Märkische.	3¾	—	4	71,10 bz
Berlin-Anhalt	6	—	4	83,50 bzG
Berlin-Dresden	0	—	4	9,40 bz
Berlin-Görlitz	0	—	4	12,75 etbzG
Berlin-Hamburg.	11	—	4	169,00 bz
Berl.-Potsd-Magdb	3½	—	4	74,90 bzG
Berlin-Stettin	8 9/10	—	4	103,00 bzG
Böhm. Westbahn.	5	—	5	74,60 bzG
Breslau-Freib.	5	—	4	60,00 bzG
Cöln-Minden	5¼	—	4	86,25-87,75 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	—	4	14,00 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	—	4	104,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	13,80 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	11,10 bz
Kaschau-Oderberg	4	—	5	45,00 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	50,25 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	177,90 bz
Märk.-Posener	0	—	4	16,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	103,00 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	—	5	77,40 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,25 G
Oberschl. A. C. D. E.	9⅔	—	3½	118,75 bz
do. neue (50% Einz.)	—	—	5	— —
do. B.	9⅔	—	3½	112,75 bz
Oesterr.-Fr. St.-L.	5⅖	—	4	438-41 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	188,50 bzG
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	137-36 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	32,90 bz
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	4	93,10 bz
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	37,50 bz
Rheinische	7½	—	4	103,10 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	—	4	92,50 bzG
Rhein-Nahe-Bahn.	0	—	4	8,50 bzG
Rumän. Eisenbahn	0	—	4	25,25 bzG
Schweiz Westbahn	⅗	—	4	16,90 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,00 B
Thüringer Lit. A.	9¼	—	4	113,50 bzG
Warschau-Wien.	6⅔	—	4	155,00 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	0	—	5	26,25 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	21,25 G
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	34,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	5	23,75 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	20,50 bzG
Märkisch-Posener	3¾	—	5	72,60 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	66,60 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	96,30 bzG
Ostpr. Südbahn	5		5	83,25 bzB
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	5	104,75 bz
Rumänier.	8	—	8	74,00 bzG
Saal-Bahn.	0	—	5	17,00 B
Weimar-Gera.	0	—	5	15,50 bz

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	0	—	4	28,00 G
AngloDeutscheBk.	0	—	4	31 G
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	147,75 G
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	72,00 G
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6½	—	4	82,00 bzG
Braunschw. Bank.	5	—	4	80,00 G
Bresl. Disc.-Bank.	4	—	4	58,00 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅔	—	4	68,75 B
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	—	4	67,10 etbzG
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	— —
Darmst. Creditbk.	6	—	4	106,50 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	95,75 B
Deutsche Bank	6	—	4	89,25 bzG
do. Reichsbank	6⅛	—	4½	155,30 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	8	—	4	93,60 G
Disc.-Comm.-Anth.	4	—	4	116,70 bz
do. ult.	4	—	4	117-17
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	88,80 bzG
do. junge	5½	—	4	94,30 bzG
Goth. Grundcredb.	8	—	4	101,25 bzG
Hamb. Vereins-B.	10	10 5/9	4	— —
Hannov. Bank	5 14/15	—	4	99,00 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅛	—	4	82,75 B
Ldw.-B. Kwilecki.	5⅓	—	4	45 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	—	4	104,25 bzG
Luxemburg. Bank	6	—	4	95,00 G
Magdeburger do.	6	—	4	106,50 B
Meininger do.	2	—	4	71,25 bzG
Nordd. Bank	8	—	4	138,25 bzG
Nordd. Grundcr.-B.	8	—	4	84,75 bzG
Oberlausitzer Bk.	1⅜	—	4	64,50 G
Oest. Cred.-Actien	1¼	—	4	395-5
Posner Prov.-Bank	6½	—	4	101,60 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	94,75 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,60 bz
Sächs. Bank	8	—	4	103,00 B
Schl. Bank-Verein	5	—	4	76,75 B
Thüringer Bank.	0	—	4	73,50 G
Weimar. Bank	0	—	4	40,75 bzG
Wiener Unionsbk.	11 1/14	—	4	112,50 G

In Liquidation.

Berliner Bank.	—	—	fr.	10,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	39 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	10,00 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	15,00 B
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	10,00 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	102,50 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	58,00 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	—	—	fr.	642 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	5,75 G
do. Reichs-u. Co.-E.	0	—	4	65,50 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	12,75 bzG
Nordd. Gummifab.	5	—	4	38,00 bzG
Westend. Com.-G.	—	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12⅘	—	4	97,40 bzB
Schles. Feuervers.	18	—	4	725 B
Donnersmarkhütt.	3	—	4	20,25 B
Dortm. Union	0	—	4	7,20 bz
Königs- u. Laurah.	2	—	4	70,25 bzG
Lauchhammer.	0	—	4	14,50 bzG
Marienhütte	6	—	4	58,00 bzG
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte.	0	—	4	3,50 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	5 B
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	80,00 bzB
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	89,90 bzB
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	23,00 G
Vorwärtshütte.	0		4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	— —
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	—	4	45,00 B
do. ver. Oelfabr.	3⅓	—	4	46,50 G
Erdm. Spinnerei	0	—	4	14,00 G
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	—	4	46,25 G
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	14,25 bzB
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	24,75 bzG
Schl. Leinenind.	5⅓	—	4	62,00 bzG
do. Porzellan	6	—	4	25,50 bzG
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	— —

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.